

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Mitglieder- und Finanzverwaltung:

Elke Bücher
Mitglied d. geschäftsführenden Vorstands
Ernst-Moritz-Franzen-Str. 12
42719 Solingen, 29.11.05
Tel.: 0212/31 68 28
Fax: 0212/23 093 91
e-mail: buecher@sozialpsychiatrie.de

*BPE e.V., Elke Bücher, Ernst-Moritz-Franzen-Str. 12,
42719 Solingen*

BAG Selbsthilfe
Referat Gesundheitspolitik und Selbsthilfeförderung
z. Hd. Herrn Dr. Danner
Kirchfeldstr. 41

40215 Düsseldorf

Stellungnahme zur geplanten Selbstverpflichtungserklärung der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen der Selbsthilfeförderung nach § 20 Abs. 4 SGB/

Leitsätze im Umgang mit Unternehmen der pharmazeutischen Industrie/ Stellungnahme der Deutschen Rheuma-Liga

Sehr geehrter Herr Dr. Danner,

als Mitgliedsorganisation der BAGH nimmt der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE) e.V. zum o. g. Problemkreis wie folgt Stellung:

Wir begrüßen das Vorhaben der Krankenkassen, eine solche Selbstverpflichtungserklärung als Voraussetzung für die Förderung nach dem SGB verbindlich zu machen außerordentlich. Wir haben in den Vorjahren eine solche stets auf freiwilliger Basis abgegeben.

Der BPE e.V. plant, einen entsprechenden Passus in seine Satzung aufzunehmen. Die Abstimmung darüber ist auf der Mitgliederversammlung 2005 nur deshalb unterblieben, weil diese Versammlung wegen der Nachricht über den plötzlichen Tod unseres Vorstandsmitglieds Hannelore Klafki nur in reduzierter Form abgehalten wurde.

Wir stimmen weder den durch das FORUM im PARITÄTISCHEN vorgelegten Leitlinien noch der Stellungnahme der Deutschen Rheuma-Liga Zu (dieser schon mal gar nicht).

Begründung:

Aus unserer Sicht ist Selbsthilfearbeit mit einem Sponsoring durch Wirtschaftsunternehmen in keiner Weise vereinbar – und schon gar nicht mit einem solchen durch die pharmazeutische Industrie. Wir sind erschrocken über die angestregten verbalen Klimmzüge

ge über Offenheit, Transparenz usw., nur um ein Stückchen vom Kuchen der Wirtschaftsmacht zu erhaschen.

Da es sich bei Selbsthilfegruppen und -verbänden ja nun nicht um attraktive Werbeträger handelt (keiner von uns ist z.B. Michael Ballack), halten wir es zunächst bestenfalls für bodenlos naiv, die Möglichkeit „uneigennützig“ Sponsorings, ohne irgendwelche Einflussnahme – und sei es nur die einer unbewussten Identifikation der Menschen, die sich in Selbsthilfegruppen organisieren mit dem Geldgeber – anzunehmen und auch noch in bürokratische Mäntel zu hüllen.

Die vorgeschlagenen Leitlinien verdecken nur mühsam, dass mit der Zulassung solcher Regelungen der zumindest moralischen Korruption Tor und Tür geöffnet wird. Wie schnell solche Geflechte ins Unmoralische und dann auch ins Strafbare kippen können, sollte eigentlich allen Beteiligten nach den diversen Bestechungs- und Korruptions-skandalen aus Politik und Wirtschaft der jüngsten Vergangenheit klar sein.

Von daher haben wir überhaupt kein Verständnis für die in den Leitlinien beschriebenen Kooperationsmöglichkeiten als ein Instrument der Politik von Selbsthilfeverbänden. Sie werden zur Aufweichung wirksamer, unabhängiger Lobbyarbeit und damit zu ihrem Tod führen. Ob das wohl beabsichtigt ist?

Wenn sich jetzt auch die Selbsthilfeverbände marktgerecht verhalten wollen, sind sie bereits dem Werben der Industrie auf den Leim gegangen. Kritische Journalisten haben in der letzten Zeit immer wieder darauf hingewiesen, wie sich z.B. neue Krankheitsbilder in Abhängigkeit von auf den Markt geworfenen Substanzen entwickeln. Dem - blind oder sehenden Auges? – nachzugeben heißt, diese Tendenzen zu unterstützen statt sie zu bekämpfen: es ist die Selbstaufgabe von Selbsthilfearbeit!

Die Zulassung von Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen unterhöhlt die sich ausschließlich an den subjektiven Bedürfnissen ihrer Mitglieder orientierte Arbeit von Selbsthilfegruppen und führt zwangsläufig zu Abhängigkeiten in der Entscheidungsfindung von Gruppen, Verbänden und Individuen (denn es kann ja durchaus im Interesse eines einzelnen liegen, z.B. ein bestimmtes Medikament zu nehmen oder auch nicht zu nehmen).

Für uns als Organisation der Psychiatrieerfahrenen stellt sich das Problem des Pharma-Sponsorings in besonders krasser Weise:

Die Gabe von Psychopharmaka, insbesondere Neuroleptika, Antidepressiva ist in der internationalen Fachwelt – sieht man einmal vom z. Zt. vorherrschenden Mainstream in der bundesrepublikanischen Forschung ab, der, betrachtet man die historische Dimension der deutschen Psychiatrie nicht überraschen muss - höchst umstritten. Bemängelt werden vor allem die mit fast allen Präparaten verbundenen akuten schweren Nebenwirkungen, die völlige Unklarheit über extrem schädigende Langzeitwirkungen auf den gesamten Organismus und die evtl. damit verbundene Verkürzung der Lebensdauer, das unreflektierte Verordnen von Neuroleptika in Depotform, dazu noch häufig als sog. „Prophylaxe“ und sogar „von Kindesbeinen an“.

Immer mehr Psychiatrie-Erfahrene melden Skepsis diesen Medikamenten gegenüber an und bringen erhebliche Energie auf, um ihre Krisen medikamentenfrei zu meistern. Wir wollen nicht verschweigen, dass viele unserer Mitglieder Neuroleptika nehmen und subjektiv eine Verbesserung ihrer Lebenssituation verzeichnen. Ein unkritischer Umgang mit diesen Substanzen ist jedoch mittlerweile – mehr als 20 Jahre nach der sog. Psychiatriereform – Skepsis und Ernüchterung geworden.

Von daher ist es uns als dem Verband, der auch die Interessen von Mitgliedern vertritt, die durch Psychopharmaka schwerst geschädigt sind und von solchen, die grundsätzlich kein Vertrauen (mehr) in die Hilfeangebote der pharmazeutischen Industrie haben, vollständig unmöglich, den vorgelegten Leitlinien zuzustimmen.

Wir halten die gesetzlichen Bestimmungen zur Behandlung von Spenden durch gemeinnützige Organisationen für völlig ausreichend. Missbräuche sind – wie bekannt – nicht grundsätzlich auszuschließen und bedürfen dann der Sanktion.

Der Versuch gemeinnütziger Organisationen, selber einen Wust von Regelungen zu lassen, damit zwar bei Wirtschaft und Industrie abgesahnt werden kann, aber die Gemeinnützigkeit bloß keinen Schaden nimmt, ist ein Verfahren nach dem Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ und eigentlich beschämend, wenn man die Gedanken, die im bestehende Gemeinnützigkeitsrecht ihre Form gefunden haben, ernst nimmt.

Wir möchten noch einmal betonen, dass unser Verband jedoch durch seine Satzung auch Spenden seitens der pharmazeutischen Industrie aus den dargelegten Gründen ausschließt.

Wir versuchen, uns mit den für uns erreichbaren Mitteln zu bescheiden und behalten auf für unsere Unabhängigkeit und unsere kritische Stimme.

Wir unterstützen dabei das Bemühen der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen, durch die geplante Selbstverpflichtungserklärung weiterhin „echte“ Selbsthilfebeiträge zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand:

Elke Bücher